

aus dem Nationalrat



**Prisca
Birrer-Heimo**
SP, Rothenburg

Der Start in die Frühlingssession verlief bei mir etwas holprig – der Zug aus Luzern, den ich beim Umsteigen in Sursee jeweils nehme, traf wegen eines anderen steckengebliebenen Zuges nicht

Service public nach und in Bern

ein. Durchsage der SBB: Verschiedene Zugsausfälle! Nach einiger zeitlicher Verzögerung kam ich dann über Olten doch noch in Bern an.

Die Service-public-Debatte war also schon am Montag lanciert, und sie beschäftigt uns diese Session in verschiedenen Bereichen. SRG – «No Billag»? Der letzte Abstimmungssonntag hat es klar gezeigt: Die grosse Mehrheit der

Stimmberechtigten will ein öffentliches Radio- und Fernsehangebot und ist bereit, dieses über Gebühren zu finanzieren. Davon profitieren auch viele private Radio- und Fernsehsender. Ich bin sehr froh über das deutliche Resultat, welches für mich ein klares Votum für unabhängige Medien und Medienvielfalt in allen Landesteilen und für verschiedene Bevölkerungsgruppen ist und ein breites und erschwingliches Angebot garantiert. Für unser demokratisches System und auch für eine fundierte Information von Konsumentinnen und Konsumenten sind unabhängige und personell ausreichend dotierte Medienunternehmen wichtig.

Aber auch bei der Post wird über den Service public diskutiert, z.B. beim Poststellennetz und den angebotenen Dienstleistungen und natürlich auch wegen der Postauto-Affäre. Die vielen Debatten zeigen, wie wichtig gute Service-public-Leistungen für die Bevölkerung in den verschiedenen Regionen unserer Schweiz sind. Selbst staatskritische Parlamentsmitglieder werden schnell zu Fürsprechern öffentlicher Leistungen, wenn es um ihre Region und ihr Dorf geht...

Vorstossflut im Nationalrat

Im Nationalrat sind für die Frühlingssession sehr viele Vorstösse traktandiert. Von den rund 280 Vorstössen aus allen Departementen haben wir in der ersten Woche gut 60 abgearbeitet. Es bleibt also noch einiges zu tun. Dabei gibt es allerlei Ernstes und Kurioses unter den Vorstössen! So hat der Nationalrat letzte Woche eine SVP-Motion überwiesen, die ein neues Gesetz über die Reduktion der Regelungsdichte und den Abbau der administrativen Belastung für Unternehmen verlangt. Mit einem weiteren Gesetz sollen also Regeln und Bürokratie abgebaut werden. Ende Jahr wird dann jeweils von Gewerbeverbänden und Handelskammern vorgerechnet und beklagt, wie viele neue Gesetze erlassen wurden – dass sie oft aus den eigenen Reihen stammen, hat der Nationalrat einmal mehr bewiesen.

Zu den überwiesenen Vorstössen gehört auch eine Motion, die den Bundesrat auffordert, beim Freihandelsabkommen mit Malaysia das Palmöl auszuklammern. Freihandelsabkommen, besonders im Kontext von agrarpolitischen Diskussionen, geben zur Zeit zu grossen Diskussionen Anlass. Am Montagabend nahm ich zu dieser Thematik

an einem Economiesuisse-Podium teil. Leider hatten es die verantwortlichen Organisatoren verpasst, den Bauernverband auch zum Podium einzuladen – was zu grossem Missmut der Bauernvertreter geführt hat. Nachdem die Diskussion zwischen Bundesrat Schneider-Ammann und dem Bauernverband schon gestört ist, braucht es keine weiteren Blockaden. Sie führen nur zu Abschottung und stärken protektionistisches Verhalten. Die Schweiz, als kleine, exportorientierte Volkswirtschaft, braucht Handelsabkommen, aber sie müssen stärker auf Nachhaltigkeit ausgerichtet sein. Dies beinhaltet nebst wirtschaftlichen Kriterien vor allem auch soziale und ökologische Nachhaltigkeit. Die Subkommission der Geschäftsprüfungskommission, der ich angehöre, hat in einem Bericht klar Mängel bei Freihandelsabkommen bezüglich Nachhaltigkeit dargelegt und verlangt vom Bundesrat Massnahmen. Wenn die weiteren geplanten Freihandelsabkommen eine Mehrheit im Parlament finden sollen, tut der Bundesrat gut daran, der Nachhaltigkeit mehr Gewicht zu geben. Es sind nicht nur Umwelt- und Gewerkschaftskreise, die dies einfordern, auch seitens Bauernschaft hat der Widerstand

zugenommen – auch wenn die Motive unterschiedlicher Art sind!

Einen Schlusstrich hat der Nationalrat unter die Bankgeheimnis-Initiative gezogen und die von Bankier Thomas Matter lancierte Initiative «Schutz der Privatsphäre» beziehungsweise den von bürgerlichen Nationalräten ausgearbeiteten Gegenvorschlag endgültig begraben. Damit wird das Bankgeheimnis nicht in der Verfassung verankert. Der Ausspruch von alt Bundesrat Merz «an diesem Bankgeheimnis werdet ihr euch die Zähne ausbeissen» trifft wohl zu – auf die Initianten und ihre Mitläufer! Die Banken haben längst mit einer Weissgeldstrategie angefangen, und für die ehrlichen Steuerzahlerinnen und -zahler war das Ganze eh kein Thema; sie deklarieren ihre Einkünfte korrekt und versteuern sie. Die ganze Geschichte, für die National- und Ständerat sowie die zuständigen Kommissionen und Verwaltungsabteilungen viele Sitzungsstunden eingesetzt und entsprechende Akten produziert haben, hat aber einen Wermutstropfen: Die vom Bundesrat angestossene Revision des Steuerstrafrechts ist nun per Motion blockiert. Wie lange, wird sich zeigen...